

**Fragen**

**für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 17. Mai 2000**

**Verzeichnis der Fragenden**

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann, Dietrich (CDU/CSU) . . . . .	25, 26	Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine (F.D.P.)	35, 36
Blank, Renate (CDU/CSU) . . . . .	42, 43	Lippmann, Heidi (PDS) . . . . .	12, 13
Bonitz, Sylvia (CDU/CSU) . . . . .	16, 17	Neumann, Bernd (Bremen) (CDU/CSU) . . . .	23, 24
Brinkmann, Rainer (Detmold) (SPD) . . . . .	29, 30	Niebel, Dirk (F.D.P.) . . . . .	33, 34
Hiksch, Uwe (PDS) . . . . .	7, 8	Ostrowski, Christine (PDS) . . . . .	44, 45
Hinsken, Ernst (CDU/CSU) . . . . .	21, 22	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (F.D.P.) . . . .	37, 38
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU) . . . . .	18	Röttgen, Norbert (CDU/CSU) . . . . .	5, 6
Hübner, Carsten (PDS) . . . . .	14, 15	Dr.-Ing. Schmidt, Joachim (Halsbrücke) . . . . .	1, 2 (CDU/CSU)
Dr. Kolb, Heinrich L. (F.D.P.) . . . . .	31, 32	Dr. Seifert, Ilja (PDS) . . . . .	19, 20
Kopp, Gudrun (F.D.P.) . . . . .	27, 28	Siemann, Werner (CDU/CSU) . . . . .	3, 4
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU) . . . . .	11, 39	Dr. Wolf, Winfried (PDS) . . . . .	9, 10
Laumann, Karl-Josef (CDU/CSU) . . . . .	40, 41		

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes . . . . .	4
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes . . . . .	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern . . . . .	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz . . . . .	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen . . . . .	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie . . . . .	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung . . . . .	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen . . . . .	11

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung**

1. Abgeordneter  
**Dr.-Ing. Joachim Schmidt**  
**(Halsbrücke)**  
(CDU/CSU) Wird die Förderung für den Aufbau des regionalen Netzwerkes im Rahmen des Förderprogramms Innovative Impulse für die Region (InnoRegio) im Anschluss an die vorgesehene zweijährige Anschubfinanzierung zu 100 % beendet oder setzt sie sich in abgestufter Form bis zum 5. Jahr fort?
  
2. Abgeordneter  
**Dr.-Ing. Joachim Schmidt**  
**(Halsbrücke)**  
(CDU/CSU) Welche Aufwendungen sind innerhalb des InnoRegio-Programmes unter dem Titel „Produktions- und Markteinführung“, einer Finanzierung von bis zu 50 % der Kosten für Produktionsvorbereitung und Markterschließung, konkret bezuschussbar und gilt dies auch für echte Markterschließungsaufgaben wie Musterfertigung (z. B. bei Textil: Musterkollektion), Werbung, Messen, Marktaufbau u. ä.?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

3. Abgeordneter  
**Werner Siemann**  
(CDU/CSU) In welchen Bereichen des Bundesministeriums der Verteidigung konnten durch Eigenbewirtschaftung 200 Mio. DM eingespart werden (vgl. Bericht der Wirtschaftswoche vom 12. April 2000), und in welcher jeweiligen Höhe konnten diese Einsparungen erzielt werden?
  
4. Abgeordneter  
**Werner Siemann**  
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung das vorzeitige Bekanntwerden bzw. die teilweise Veröffentlichung der Ergebnisse der Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“, und welche Konsequenzen wird sie daraus ziehen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

5. Abgeordneter  
**Norbert Röttgen**  
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die durch das Gutachten von Professor Wolfram Höfling bestätigte Auffassung, dass das Berlin/Bonn-Gesetz für die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) als bundesunmittelbare Körperschaft unmittelbar verpflichtende Regelungen enthält und die Entscheidung über die Sitzverlegung der KBV von Köln nach Berlin sowie die entsprechende Genehmigung daher ein Verstoß gegen dieses Gesetz wäre?
6. Abgeordneter  
**Norbert Röttgen**  
(CDU/CSU)
- Wann und wie will die Bundesregierung in ihrer Eigenschaft als Aufsichtsbehörde über die KBV der ihr nach § 1 Abs. 2 Nr. 3 Buchstabe b Berlin/Bonn-Gesetz obliegenden Pflicht zur Erhaltung und Förderung des Politikbereiches Gesundheit in der Bundesstadt Bonn im Hinblick auf die Frage nach dem künftigen Sitz der KBV nachkommen?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes**

7. Abgeordneter  
**Uwe Hixsch**  
(PDS)
- Was hat die dienstrechtliche Prüfung im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und im Bundeskanzleramt im Zusammenhang mit dem Theaterstück „Glatzer oder der hektische Stillstand“, die am 19. November 1999 von der stellvertretenden Regierungssprecherin, Charina Reinhardt, der Öffentlichkeit (Bundespressekonferenz) angekündigt wurde, ergeben?
8. Abgeordneter  
**Uwe Hixsch**  
(PDS)
- Besteht ein Zusammenhang mit der Versetzung des Autors nach Bonn, und wenn ja, mit welcher auf das Theaterstück „Glatzer oder der hektische Stillstand“ inhaltlich bezogenen Begründung hat das Presse- und Informationsamt diese verfügt?
9. Abgeordneter  
**Dr. Winfried Wolf**  
(PDS)
- Was veranlasste das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, sich mit dem Theaterstück „Glatzer oder der hektische Stillstand“ öffentlich und innerdienstlich zu befassen, welches ein ehemaliges Mitglied dieses Hauses vor seinem Wiedereintritt in den Öffentlichen Dienst geschrieben hat?

10. Abgeordneter  
**Dr. Winfried  
Wolf**  
(PDS)
- Welche Medien oder Medienvertreter wurden zwischen den drei Pressekonferenzen (19. November bis 8. Dezember 1999) über das Theaterstück oder die Person des Autors von „Glatzer oder der hektische Stillstand“ in Einzelgesprächen informiert?

### **Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

11. Abgeordneter  
**Hartmut  
Koschyk**  
(CDU/CSU)
- Welche Haltung vertritt die Bundesregierung ggf. im Rahmen der Europäischen Union zum geplanten Gipfeltreffen zwischen den Präsidenten der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik und der Republik Korea vom 12. bis 14. Juni 2000 und welche offiziellen Stellungnahmen hierzu und Kontakte mit der Republik Korea hat es diesbezüglich bisher gegeben?
12. Abgeordnete  
**Heidi  
Lippmann**  
(PDS)
- Hat es in den letzten Jahren Gespräche, Informationshilfen oder irgend eine andere beraterische, finanzielle oder andere Mitwirkung von Beamten und Beauftragten der Bundesregierung oder eines ihrer Ministerien für türkische Behörden bei der Umstellung des Strafvollzugs bei politischen Gefangenen auf Einzelhaft gegeben?
13. Abgeordnete  
**Heidi  
Lippmann**  
(PDS)
- Erwägt die Bundesregierung eigene Schritte oder Schritte gemeinsam mit ihren EU-Partnern, um die geplante Einführung von Einzelhaft für politische Gefangene in der Türkei zu verhindern und stattdessen eine Amnestie für diese Gefangenen zu erreichen?
14. Abgeordneter  
**Carsten  
Hübner**  
(PDS)
- Sind der Bundesregierung die vielen Protestaktionen und die Hungerstreiks politischer Gefangener in der Türkei gegen die zunehmende Einführung von Einzelhaft-Zellen für politische Gefangene bekannt, und welche Folgerungen zieht sie aus diesen Protesten?

15. Abgeordneter  
**Carsten  
Hübner**  
(PDS)
- Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Inhaftierung von auf zweifelhafter bzw. auf menschenrechtswidriger Grundlage inhaftierten politischen Gefangenen in Einzelzellen, vor dem Hintergrund der Fälle von Folterung von Oppositionellen und anderen Übergriffen auf Gefangene in der Türkei, für die Chancen des geplanten EU-Beitritts des Landes?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

16. Abgeordnete  
**Sylvia  
Bonitz**  
(CDU/CSU)
- Wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch hinsichtlich der zurückzuführenden Stasi-Unterlagen aus den USA („Rosenholz-Unterlagen“), wonach auf der einen Seite der „Spiegel“ in seiner aktuellen Ausgabe vom 8. Mai 2000 berichtet, die CIA habe „die Kartei als ‚secret‘ eingestuft und den deutschen Behörden in den Rückgabeverhandlungen das Versprechen abgenommen, sie ebenfalls als Staatsgeheimnis zu behandeln“, während auf der anderen Seite die Bundesregierung auf meine Frage in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 26. Januar 2000 geantwortet hat: „Eine ‚Einschränkung der Verwertungshoheit über die Daten für Deutschland‘ ist weder vereinbart noch beabsichtigt“ (vgl. Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast auf Frage 21, Plenarprotokoll 14/83, S. 7676 A)?
17. Abgeordnete  
**Sylvia  
Bonitz**  
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Schritte ergreift die Bundesregierung unter Berücksichtigung der vom „Spiegel“ aufgezeigten neuen Sachlage, die Stasi-Unterlagen entsprechend dem Stasi-Unterlagen-Gesetz der Öffentlichkeit weitestgehend zugänglich zu machen, insbesondere für Wissenschaftler zu Forschungszwecken und für Journalisten?
18. Abgeordneter  
**Klaus  
Hofbauer**  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung der Kriminalität an der deutsch-tschechischen Grenze?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz**

19. Abgeordneter  
**Dr. Ilja Seifert**  
(PDS)
- Mit welchen Ergebnissen wurde am 10. Mai 2000 eine Beratung der Bundesministerin der Justiz, Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, und des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Behinderten, Karl Hermann Haack, zu einem Gleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderungen durchgeführt?
20. Abgeordneter  
**Dr. Ilja Seifert**  
(PDS)
- Wann ist mit der Vorlage eines Gleichstellungsgesetzes für Menschen mit Behinderungen zu rechnen, und inwiefern wurde zwischen den Teilnehmern der Beratung Einverständnis darüber erzielt, dass ein solches Gesetz als Artikelgesetz mit konkreten Regelungen für verschiedene Bereiche (Zivilrecht, Baurecht, Personenbeförderungsrecht etc.), mit klaren Regelungen zur Verhinderung und Ahndung von Diskriminierungen und mit der Verankerung eines Verbandsklagerechts vorgelegt werden soll?
21. Abgeordneter  
**Ernst Hinsken**  
(CDU/CSU)
- Was will die Bundesregierung dagegen unternehmen, dass mittelständische Reiseveranstalter Preissteigerungen aufgrund der Euro-Schwäche von bis zu 25% hinnehmen müssen, weil die Weitergabe von Preiserhöhungen über die nach § 651a Abs. 4 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) zulässigen 5% hinaus an die Kunden nicht möglich ist?
22. Abgeordneter  
**Ernst Hinsken**  
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung eine Änderung des § 651a Abs. 4 BGB, so dass nachgewiesene Mehrkosten an Kunden weitergegeben werden können?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

23. Abgeordneter  
**Bernd Neumann**  
(Bremen)  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass der Entwurf einer Richtlinie der Europäischen Kommission zur Änderung der Richtlinie 80/723/EWG über die Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen Mitgliedstaaten und den öffentlichen Unternehmen vom 29. Dezember 1999 auch auf den öf-

fentlich-rechtlichen Rundfunk in der Bundesrepublik Deutschland zutrifft, und wenn ja, welche Konsequenzen ergäben sich hieraus?

24. Abgeordneter  
**Bernd Neumann**  
(Bremen)  
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass die Bundesregierung plant, im Zusammenhang mit dem Strukturrahmenkonzept Bundesfinanzverwaltung diverse Dienststellen zu schließen, und welche Einrichtungen im Land Bremen werden hiervon betroffen sein?
25. Abgeordneter  
**Dietrich Austermann**  
(CDU/CSU)
- In welcher Höhe und mit welchen Teilbeträgen sollen nach Aufforderung des Bundesministeriums der Finanzen Bundesunternehmen zugunsten des Bundesanteils in die Stiftung „Erinnern, Verantwortung und Zukunft“ einzahlen?
26. Abgeordneter  
**Dietrich Austermann**  
(CDU/CSU)
- Welche Bundesunternehmen betrifft dies?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie**

27. Abgeordnete  
**Gudrun Kopp**  
(F.D.P.)
- Auf welche aktuelle Höhe beziffert die Bundesregierung das erwartete Defizit zu Lasten von Bund, Ländern und Gemeinden aus der Weltausstellung EXPO 2000?
28. Abgeordnete  
**Gudrun Kopp**  
(F.D.P.)
- Auf welcher Berechnungsgrundlage beruht dieses Staatsdefizit?
29. Abgeordneter  
**Rainer Brinkmann**  
(Detmold)  
(SPD)
- Wie viele Baugenehmigungen für Windkraftanlagen sind nach Kenntnis der Bundesregierung bundesweit seit dem 1. Januar 2000 beantragt und erteilt worden?

30. Abgeordneter  
**Rainer  
Brinkmann  
(Detmold)**  
(SPD)
- Welche elektrische Leistung und welches Investitionsvolumen für Windanlagen erwartet die Bundesregierung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz in diesem Jahr?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung**

31. Abgeordneter  
**Dr. Heinrich L.  
Kolb**  
(F.D.P.)
- Plant die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, und wann ist mit einem ersten Entwurf zu rechnen?
32. Abgeordneter  
**Dr. Heinrich L.  
Kolb**  
(F.D.P.)
- Plant die Bundesregierung innerhalb des Betriebsverfassungsgesetzes die Änderung des Betriebsbegriffes in einen offenen Tatbestand, so dass eine räumliche Verbundenheit von Arbeitsplätzen oder Arbeitsstätten, die soziale Verbundenheit sowie insbesondere miteinander verknüpfte Arbeitsabläufe und der darauf beruhende Tätigkeitszusammenhang einen Betrieb ausmachen?
33. Abgeordneter  
**Dirk  
Niebel**  
(F.D.P.)
- Plant die Bundesregierung innerhalb des Betriebsverfassungsgesetzes die Erfassung von Betrieben ohne Betriebsräte in einem Verzeichnis, und wo könnte dieses geführt werden?
34. Abgeordneter  
**Dirk  
Niebel**  
(F.D.P.)
- Plant die Bundesregierung innerhalb des Betriebsverfassungsgesetzes die generelle Änderung zugunsten einer gemeinsamen Wahl der Betriebsräte durch Arbeiter und Angestellte, und welche Planungen verfolgt die Bundesregierung bezüglich der Sprecherausschüsse der leitenden Angestellten?
35. Abgeordnete  
**Sabine  
Leutheusser-  
Schnarrenberger**  
(F.D.P.)
- Plant die Bundesregierung, innerhalb des Betriebsverfassungsgesetzes vereinfachte Wahlverfahren für Betriebe mit bis zu 100 Arbeitnehmern einzuführen?

36. Abgeordnete  
**Sabine  
Leutheusser-  
Schnarrenberger**  
(F.D.P.)
- Wird der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung eine Kommission mit der Erarbeitung einer Gesetzesnovelle zum Betriebsverfassungsgesetz beauftragen, in welcher nicht nur Vertreter des DGB, sondern auch Vertreter unabhängiger Arbeitnehmerorganisationen zusammen mit Arbeitgebern und Vertretern des Mittelstandes über das Betriebsverfassungsgesetz konsensorientiert diskutieren, oder ist geplant, dieses Thema in das „Bündnis für Arbeit“ einzubringen?
37. Abgeordneter  
**Hans-Joachim  
Otto**  
(Frankfurt)  
(F.D.P.)
- Plant die Bundesregierung innerhalb des Betriebsverfassungsgesetzes die Ersetzung der Einzelaufzählung bei den Beteiligungstatbeständen des Betriebsrates durch eine Generalklausel für eine Mitbestimmung des Betriebsrates in allen sozialen, personellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten?
38. Abgeordneter  
**Hans-Joachim  
Otto**  
(Frankfurt)  
(F.D.P.)
- Plant die Bundesregierung innerhalb des Betriebsverfassungsgesetzes die Herabsetzung des Schwellenwertes von fünf auf drei Beschäftigte für die Bildung von Betriebsräten in Kleinunternehmen und Handwerksbetrieben?
39. Abgeordneter  
**Hartmut  
Koschyk**  
(CDU/CSU)
- Inwieweit wird die Bundesregierung dem Beschluss der Innenministerkonferenz in Düsseldorf nachkommen, sich für eine Änderung der rechtlichen Bestimmungen einzusetzen, durch die ehrenamtlich Tätige, insbesondere Führungskräfte der Freiwilligen Feuerwehren, von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Renten-, Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung freigestellt werden?
40. Abgeordneter  
**Karl-Josef  
Laumann**  
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass die Bundesregierung plant, in den nächsten drei Jahren keine Förderung aus der Ausgleichsabgabe für Plätze in Wohnheimen und Werkstätten für Behinderte vorzusehen?
41. Abgeordneter  
**Karl-Josef  
Laumann**  
(CDU/CSU)
- Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass schon vor der geplanten Änderung des Schwerbehindertengesetzes die Ablehnungen von Anträgen zur Neubauförderung von Werkstätten und Wohnstätten damit begründet werden, dass in der zur Novellierung anstehenden Ausgleichsabgabenverord-

nung der Förderschwerpunkt auf die Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt absoluten Vorrang hat?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,  
Bau- und Wohnungswesen**

42. Abgeordnete  
**Renate  
Blank**  
(CDU/CSU)
- Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zur Einführung eines Pflichtführerscheins für Segelboote für Bundeswasserstraßen in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg ein, und wie steht die Bundesregierung zur Abschaffung des in Berlin noch erforderlichen Führerscheins für Segelboote?
43. Abgeordnete  
**Renate  
Blank**  
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung Unglücksfälle und Zahlen mit Segelbooten auf den Bundeswasserstraßen in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg bekannt?
44. Abgeordnete  
**Christine  
Ostrowski**  
(PDS)
- In welcher Weise hat die Bundesregierung bei der neuen Energieeinsparverordnung berücksichtigt, dass die durch die Verordnung beabsichtigte Kostenersparnis für die Mieter durch die Modernisierungsumlage sowie durch Erhöhung der spezifischen Kosten pro gelieferter Energie-Einheit nicht „hinterrücks“ wieder aufgehoben wird?
45. Abgeordnete  
**Christine  
Ostrowski**  
(PDS)
- Hält die Bundesregierung auch nach der öffentlichen Anhörung zum Gesetzentwurf zur Änderung des Altschuldenhilfe-Gesetzes und den dort geäußerten Forderungen der Wohnungswirtschaft, der Verbände, Banken und Kommunen nach sofortiger finanzieller Entlastung der Wohnungsunternehmen im Osten von Altschulden an der offenbar vom Bundesministerium der Finanzen (BMF) eingenommenen ablehnenden Haltung fest, und trifft insbesondere die Aussage eines Sprechers des BMF zu, solche Wünsche seien unrealistisch und stünden offenbar im Zusammenhang mit den erwarteten Mehreinnahmen aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen (DIE WELT, 9. Mai 2000)?

